

Gastrecht in Deutschland mißbraucht?

Durch das Werksgelände der bundes-eigenen Stahlwerke in Salzgitter führt eine Hochstraße. Ihr Unterbau aus Beton ist zugemauert. Die 12 Meter breiten, 40 Meter langen Hallen unter der Fahrbahn gehören heute zum Bauhof des großen Industrierwerks. Bis zum 7. April 1945 waren in jeder der vier Hallen mehr als 700 Häftlinge zusammengepfercht: Arbeitssklaven der „Reichswerke Hermann Göring“ (RWHG).

Gegen Zahlung von sechs Reichsmark pro Tag für Fach- und vier Mark für Hilfsarbeiter hatten die RWHG, das größte Rüstungsunternehmen des Nazi-Reiches, die Häftlinge vom KZ Neuengamme erhalten. Die tägliche Arbeitszeit dauerte zwölf Stunden. Die Verpflegung war miserabel, die Bekleidung dürftig, zum Waschen gab es keine Seife, Krankheiten breiteten sich schnell aus. Viele Häftlinge starben an Entkräftung. Aber Neuengamme sorgte immer für Nachschub. In der Nacht zum 8. April 1945 schloß die SS das Arbeitslager Drütte, die Häftlinge wurden in Richtung Neuengamme in Marsch gesetzt. Für viele war es ein Todesmarsch.

In einer vom Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten des Stahl-Konzerns veranstalteten Gedenk-stunde auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers Drütte in einer scharfen Kurve der Hochstraße erinnerte Franz Steinkühler, stellvertretender Vorsit-zender der IG Metall, am Donnerstag an die Leiden der aus ihren Heimatlän-dern verschleppten sowjetischen, polni-schen, französischen und niederländi-schen Zwangsarbeiter, aber auch an die „unheilige Allianz“, deren Opfer diese Menschen wurden: die Allianz zwischen Hitler und Industriellen. Steinkühler rief dazu auf, gesellschaftliche Verhält-nisse zu schaffen, die eine Wiederhol-ung der faschistischen Vergangenheit unmöglich machen, und er warnte da-vor, die Nazi-Verbrechen zu verdrängen und zu vergessen.

Arbeitslager Drütte
(Salzgitter)

Jahrzehntlang geschah in Salzgitter wenig, um Erinnerungen wachzuhalten, die einigen Honoratioren der Stadt peinlich waren. Die ganze Stadt und der Industriekomplex, von dem sie nach wie vor abhängt, verdanken ihre Existenz im wesentlichen der Sklavenarbeit von Häftlingen. 1942, als die Stadt gegründet wurde, bestand sie aus einigen Dörfern und dazwischen zahlrei-chen Arbeitslagern. Neben dem Lager Drütte gab es da zum Beispiel das Lager Leinde mit 3000 Männern und Fra-uen, die Munition herstellten, oder das zeitweilig als Straflager besonders be-rüchtigte Lager 21 bei Hallendorf, in dem zwischen 1940 und 1945 insgesamt 35 000 Menschen aus etwa 30 Ländern inhaftiert waren, oder das für viele Tau-sende sowjetische Zwangsarbeiter er-richtete Lager 24, das „Todeslager“ am Kiehwinkel, wohin später die kranken und verletzten Häftlinge zum Dahinsie-

chen abgeschoben wurden. Von den 121 000 Einwohnern Salzgitters im Jah-re 1944 waren 62 000 Lagerinsassen. Nirgendwo in Deutschland arbeiteten so viele Ausländer wie in der Stadt der RWHG.

Wer nicht die gewünschte Leistung brachte, hatte Essensentzug oder Ein-weisung ins Straflager zu gewärtigen. Zur „Arbeitserziehung“ gehörten auch Mißhandlungen, Erhängungen, Erschie-ßungen von „Bummelanten“. Die Hin-richtung eines Franzosen, der Lebens-mittel gestohlen hatte, wurde richter-lich mit „schnödem Mißbrauch des Gastrechtes in Deutschland“ begründet.

Nach der Befreiung 1945 kämpften manche überlebenden Opfer vergeblich um Entschädigung. Der Chef der RWHG, Paul Pleiger, wurde zwar in Nürnberg verurteilt, brauchte aber seine Strafe nicht lange abzusitzen; zeitweilig durfte er nach dem Krieg so-gar noch kommissarisch den Konzern weiterführen. Einer seiner gefürchtet-sten „Betriebsführer“ in Salzgitter wur-de in den sechziger Jahren Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Nachfolgegesellschaft der RWHG. Sein Erfolg hatte dagegen bisher der Salzgittersche „Arbeitskreis Stadtge-schichte e.V.“, der sich beim Salzgitter-Konzern darum bemüht, daß in einer der Hallen unter der Hochstraße eine Gedenk- und Dokumentationsstätte ein-gerichtet wird.

Erinnerungsarbeit:
"Arbeitskreis
Stadtgeschichte
e.V."

Das mindeste, was man heute den Opfern von damals schulde, wäre Schutz vor Verunglimpfung, meinten die am Donnerstag auf dem einstigen Appellplatz versammelten Gewerk-schafter. Steinkühler nannte es ein „blamables Kabinettsstück von Ver-drängungspolitik“, daß sich die Bundes-regierung und die sie tragenden Kräfte nicht dazu durchringen mochten, dafür eine klare Strafvorschrift zu schaffen.

ECKART SPOO (Hannover)

Fraus:
Frankfurter
Ausschau, 12.4.85

Abbruch statt Gedenkstätte?
Ehemaliges Hinrichtungsgebäude der NS-Zeit soll verschwinden
Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER 11. April Das niedersäch-sische Justizministerium in Hannover plant, auf dem Gelände der ehemaligen Hinrichtungsgebäude abzureißen. In den Jahren 1940 bis 1945 waren dort mehr als 2000 Männer und Frauen hingerichtet worden. In und um Hannover herum war für die Vollstreckung sämtlicher Todesurteile aus den Oberlandesgerichts- bezirken Braunschweig, Celle, Oldenburg und weiteren Gebieten einzurichten, war zuständige. Die Forderung, in dem Gebiet eine Gedenkstätte einzurichten, ist bisher unerfüllt geblieben. Wie das Ministerium auf Anfrage der FR bestätigte, ist nun sogar der Abriss geplant, was ein Sprecher modernisiert und vergrößert werden müsse und daß dafür ein Gelände nur wenig Platz zur Verfügung stehe. Möglicherweise eine Teilung in der Anstaltskirche eine Insel angebracht und eine Yttrine aufgestellt. Dafür gebe es aber noch keine konkreten Pläne. Gegen den geplanten Abriss der Hin-richtungsstätte protestierten der Kultur-Verband der Stadt Wolfenbüttel und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Trans- port und Verkehr, deren Zeitschrift „CIV“ in der Rechtsplege“ in ihrer letzten Aus-gabe darauf hinwies, daß im Gebäude des Oberlandesgerichts Braunschweig noch immer ein Bild des früheren Senatspräsi-denten am Volkgerichtshof Günther Ne-belung hängt. Die Zeitschrift eines der Zulieferer der Fräse, die Zeitschrift ge-dacht wird, sollte dann nicht Opfer them- selbst sein. Auch der niedersächsische DoB-Lan- derbezirksvorstand setzt sich für die Erhaltung der Hinrichtungsstätte ein. Verfolgtenorganisationen besetzt wird und für ihren Ausbau zu einer Gedenk- stätte ein.

Wolfenbüttel